

L-1NEU Solidarität leben – Antrag zur Unterstützung der Ukraine

Gremium: 1. Länderrat 2022
Beschlussdatum: 16.07.2022
Tagesordnungspunkt: L aktuelle politische Lage

Antragstext

1 Die GRÜNE JUGEND ist ein internationalistischer Verband. Als solcher mischen wir
2 uns in Debatten der europäischen und globalen Politik ein und setzen uns für
3 internationalen Frieden ein. Nach dem Zerfall der Sowjetunion wurden der Ukraine
4 mit dem Budapester Memorandum von Seiten der USA, Großbritannien und Russland
5 Sicherheitsgarantien zugesichert. Im Gegenzug musste die Ukraine ihre gesamten
6 Atomwaffen abgeben. Die vereinbarten Sicherheitsgarantien beinhalteten jedoch
7 keine Sanktionsmechanismen für den Fall eines Vertragsbruchs.

8 Schritte der Ukraine, sich dem Westen anzunähern, sowie die Entwicklung der
9 Ukraine Richtung Demokratie, wurden von Russland früh als Bedrohung der eigenen
10 Machtposition wahrgenommen und mündeten 2014 in die völkerrechtswidrige Annexion
11 der Krim, sowie in einem von Russland inoffiziell unterstützten Krieg in der
12 Ostukraine. Der seitdem schwelende Konflikt wurde am 24. Februar 2022 durch den
13 russischen Angriff auf die Ukraine eskaliert. Seitdem herrscht in der gesamten
14 Ukraine ein schrecklicher Krieg, der für die Menschen in der Ukraine
15 unvorstellbares Leid bedeutet. Dieser Krieg muss so schnell wie möglich beendet
16 werden. Dies kann jedoch nicht durch einen Diktatfrieden geschehen, sondern
17 durch einen Frieden, der die freie und demokratische Selbstbestimmung der
18 Menschen in der Ukraine garantiert und russischen Imperialismus klar
19 zurückweist. Auf dem Weg dahin muss bei jeder Form politischen Handelns der
20 Schutz von Menschen in den Mittelpunkt gerückt werden. Insbesondere müssen wir
21 uns innerhalb einer feministischen Außenpolitik auf marginalisierte Gruppen
22 fokussieren, da sie in einem solchen Krieg besonders leiden, wie beispielsweise
23 queere Menschen, Frauen oder Drittstaatler*innen, die aus der Ukraine flüchten.

24 Besonders als Teil der politischen Linken ist für uns als GRÜNE JUGEND die
25 Frage, wie dieses politische Handeln aussehen kann, eine komplexe, teils mit
26 unseren pazifistischen Grundwerten im Widerspruch stehende. Klar ist jedoch: Die
27 Diskussion um eine Wiedereinführung der Wehrpflicht und das Einsetzen des
28 Sondervermögens für die Bundeswehr sind konservative Scheinlösungen unter dem
29 Deckmantel der Solidarität. Es sind teure Symbole, die keinen aktiven Beitrag
30 zum Ende dieses Krieges setzen und den Menschen in der Ukraine nicht helfen. Sie
31 senden als potentielle Befuerung einer Aufrüstungsspirale ein falsches Signal

32 an die internationale Gemeinschaft und müssen deshalb als politischer Irrweg
33 abgelehnt werden.

34 Schon jetzt bewerten Friedensforscher*innen die Gefahr einer atomaren
35 Auseinandersetzung als so groß wie seit Ende des Kalten Kriegs nicht mehr. Die
36 Antworten darauf müssen praktische Solidarität durch finanzielle Unterstützung
37 russischer und ukrainischer antifaschistischer Linker vor Ort, Diplomatie und
38 Deeskalation, nicht Aufrüstung und Eskalation sein. Es gilt jetzt linke
39 Antworten auf komplexe Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik zu finden und so
40 den Menschen in der Ukraine wirklich zu helfen. Diese brauchen nicht nur unsere
41 Solidarität, sondern echte Unterstützung – jetzt, aber auch wenn der Krieg
42 vorbei sein wird. Unterstützung umfasst dabei viele verschiedene Bereiche und
43 Formen.

44 **Humanitäre Hilfe**

45 Wir sehen, dass aktuell eintritt, was schon Ende Februar befürchtet wurde: Die
46 anfänglich große Solidarität ebbt nach und nach ab, Spenden werden geringer und
47 Hilfsprogramme werden eingestellt. Dabei wird die humanitäre Krise nur größer,
48 je länger der Krieg dauert. Deshalb setzen wir uns für umfangreiche humanitäre
49 Hilfen jetzt und in Zukunft ein. Diese dürfen erst eingestellt werden, wenn das
50 Leid der Menschen in der Ukraine beendet wurde. Auch beim gesellschaftlichen und
51 infrastrukturellen Wiederaufbau muss Hilfe geleistet werden. Dafür ist eine
52 Stärkung der Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe und orientiert an den
53 Wünschen von Ukrainer*innen nötig.

54 **Allen Menschen die Flucht und ein sicheres Unterkommen** 55 **ermöglichen**

56 Mehr als 13,5 Millionen Ukrainer*innen sind derzeit auf der Flucht, und es
57 werden jeden Tag mehr. Schon in den ersten Tagen nach dem russischen Überfall
58 breitete sich durch ganz Deutschland und Europa eine große Welle an Solidarität
59 für die Menschen aus der Ukraine aus. Notunterkünfte und unbürokratische
60 Soforthilfen wurden vielerorts gewährt. Zugleich zeigt sich, dass staatliche
61 Strukturen nach 2015 nicht hinreichend reformiert wurden, und die größte Last
62 weiterhin auf dem Engagement und Einsatz von Ehrenamtlichen liegt. Dies ist
63 fahrlässig und nicht zu verantworten. Stattdessen braucht es endlich
64 zuverlässige Aufnahmestrukturen, die Menschen wie Menschen behandeln und echte
65 Perspektiven schaffen. Dabei muss den Ansätzen einer Klassifizierung von
66 Geflüchteten anhand von Kriterien wie Herkunftsland oder Religion entschieden
67 entgegengetreten werden. Asyl ist ein universelles Menschenrecht, und muss
68 endlich als solches anerkannt und durchgesetzt werden. Das heißt, dass
69 insbesondere auch Menschen, die sich als Drittstaatler*innen in der Ukraine
70 aufgehalten haben und Männer, die vor der zwangsweisen Teilnahme an den Kämpfen
71 geflohen sind, aufgenommen werden müssen. Aber auch Menschen, die als

72 Dissidenten und Kriegsgegner*innen aus Russland fliehen, müssen bei uns Schutz
73 finden und eine unbefristete Bleibeperspektive in Deutschland bekommen.

74 **Sanktionen als Mittel, um Verhandlungsdruck zu erhöhen**

75 Wir müssen der russischen Politik entschieden entgegentreten.
76 Wirtschaftssanktionen treffen dabei oft die am meisten, die am wenigsten haben.
77 Trotzdem sind sie als Mittel der Auseinandersetzung derzeit unumgänglich. Sie
78 müssen deshalb so zugeschnitten werden, dass sie so gut wie möglich auf die
79 Menschen begrenzt werden, die in Wirtschaft und Politik an den Hebeln der Macht
80 sitzen und nicht die treffen, die ohnehin schon unter den Auswirkungen des
81 Krieges und der russischen Politik leiden. Insbesondere Sanktionen gegen
82 Oligarchen als wichtige Stützen des Regimes müssen dabei konsequent durchgesetzt
83 werden und dürfen nicht bei der formalen Androhung stehenbleiben. Eine
84 authentische Politik der Solidarität mit der Ukraine bedeutet auch ein Ende der
85 Finanzierung der russischen Kriegsführung durch die Hintertür. Deutschland ist
86 derzeit der größte Abnehmer von russischem Gas, bei den Importen von Öl der
87 zweitgrößte. Energiegeschäfte machten etwa ein Drittel des russischen
88 Staatshaushalts aus. Damit beteiligt sich Deutschland aktuell zu einem nicht
89 unerheblichen Teil an der Finanzierung des russischen Angriffskriegs. Wir
90 fordern daher: keine weiteren Geschäfte mit Putin! Es braucht ein schnelles,
91 konsequentes und dauerhaftes Embargo gegen Energieimporte aus Russland.

92 Dabei wird uns ein Rückfall auf fossile Energien anderer Art nicht retten. Eine
93 verlängerte Nutzung von Kohleenergie, Atomkraft oder ein langfristiger Ausbau
94 von LNG-Terminals sind Scheinlösungen, die wir nicht zulassen dürfen. Vielmehr
95 müssen die Bewältigung von Krieg und Klimakrise zusammengedacht werden. Wir
96 brauchen eine größere Energieeffizienz, umfassende Energieeinsparungen in allen
97 Sektoren, Turbo bei den Erneuerbaren, eine konsequente Wärmewende und eine
98 Strategie für einen Gasanstieg bis 2035. Dies alles darf dabei nicht auf dem
99 Rücken derjenigen finanziert werden, die schon jetzt unter steigenden Preisen
100 leiden, sondern durch eine Abkehr von der Schuldenbremse, der Abschöpfung von
101 Übergewinnen und der Besteuerung großer Vermögen. Nur darin liegt eine
102 nachhaltige Lösung, die uns vor künftigen Kriegen bewahren kann.

103 **Keine Gewinne mit dem Krieg**

104 Wir erkennen an, dass Waffenlieferungen an die Ukraine zum Schutz der
105 ukrainischen Bevölkerung notwendig sind, um in der aktuellen Situation den
106 Widerstand gegen die russische Aggression international solidarisch zu
107 unterstützen. Diese sind ein Mittel der konkreten Hilfe, um sicherzustellen,
108 dass nicht das russische Regime darüber bestimmt, wie die Ukrainer*innen leben,
109 sondern die Menschen in der Ukraine selbst über ihr Leben entscheiden können.
110 Gleichzeitig kritisieren wir, dass die militärische Unterstützung in der
111 Rüstungsindustrie für Milliarden Gewinne sorgt. Wir setzen uns für eine

112 Vergesellschaftung und langfristige Verkleinerung von Rüstungsunternehmen
113 ein, damit sich die Produktion von Rüstungsgütern nicht länger an
114 Profitinteressen orientiert und nur noch bedarfsgerecht stattfindet. So können
115 wir den Profit weniger am Leid vieler verhindern und einer Aufrüstungsspirale
116 entgegenreten.

117 **Russische Oppositionelle unterstützen statt isolieren**

118 Der russische Angriffskrieg beweist erneut, dass vor allem die einfachen
119 Menschen diejenigen sind, die unter den Folgen eines Krieges leiden. Dies gilt
120 auch für die russische Zivilbevölkerung, die seit Jahren unter Putins Regime
121 leidet und deren Proteste immer wieder gewaltsam niedergeschlagen werden, im
122 Versuch, jeglichen Widerspruch im Keim zu ersticken. Ein Teil der russischen
123 Bevölkerung unterstützt den Krieg. Dies liegt auch an der massiven Einschränkung
124 demokratischer Rechte sowie der Presse- und Meinungsfreiheit in Russland. Unsere
125 Solidarität gilt all jenen, die sich trotz aller Repressionen auf russischer
126 Seite gegen den Krieg stellen und versuchen, den Widerstand zu organisieren und
127 auf die Straße zu bringen. Sie gilt es konsequent zu unterstützen, statt
128 beispielsweise durch Sanktionen im kulturellen Bereich weiter zu schwächen.

129 Verantwortlich für den Krieg ist die russische Regierung, nicht die Menschen,
130 die selbst unter dem Regime leiden. Wir stellen uns solidarisch an die Seite
131 jener, die aufgrund ihrer russischen Herkunft Ausgrenzung und Rassismus erfahren
132 und für den Krieg verantwortlich gemacht werden.

133 **Globale Auswirkungen in den Blick nehmen**

134 Der Krieg in der Ukraine hat Folgen für die ganze Welt. Die Ukraine und Russland
135 ernten zusammen mehr als ein Viertel des Weizens und 15 Prozent des Mais
136 weltweit. Russland hat einen Exportstopp auf Getreide verhängt und die Bestände
137 der Ukraine können infolge des Kriegs in weiten Teilen nicht geerntet und
138 transportiert werden. Dies stellt eine enorme Gefahr für die globale
139 Ernährungssouveränität dar. Es besteht ein Risiko für weltweite Krisen und die
140 Destabilisierung ganzer Weltregionen, wie sie mit den sich verschärfenden
141 Hungerrevolten im Iran schon jetzt zu beobachten sind. Dem muss durch eine
142 Förderung der Entwicklungszusammenarbeit mit besonders stark von Hunger
143 betroffenen Regionen dringend entgegengewirkt werden. Gleichzeitig sehen wir: Es
144 sind mehr als genug Nahrungsmittel für alle da. Es fehlt nicht an der Menge,
145 sondern es hängt an der Frage, wie das Produzierte verteilt und verwendet wird.

146 **Außenpolitik solidarisch denken**

147 Außenpolitik wird viel zu oft in wirtschaftlichen Interessen gedacht und viel zu
148 selten an den Bedürfnissen von Menschen ausgerichtet. Wir als GRÜNE JUGEND

149 stehen ein für eine Politik für Menschen statt für Profite.

150 Internationale Solidarität darf nicht nur ein Ruf auf Demonstrationen und
151 Kundgebungen sein, sondern muss endlich international gelebt werden! Dafür
152 setzen wir uns als GRÜNE JUGEND jetzt und in Zukunft weiter ein.